



Wortprotokoll

über die 35. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 26. April 2023

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeisterin

Habenschaden

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 26. April 2023

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeisterin	Habenschaden
3. Bürgermeisterin	Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs, StRin Dr. Gerstenkorn, StRin Gökmenoğlu, StRin Hanusch, StR Krause, StRin Langmeier, StRin Lüttig, StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StRin Post, StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Schreyer, StR Smolka, StRin Stöhr, StR Süß, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Dzeba, StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StR Hammer, StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges, StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Gradl, StR Hefter, StRin Hübner, StR Köning, StRin Likus, StR Mentrup, StR Müller, StR Naz, StRin Odell, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel, StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer, StRin Wengatz;

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StRin Holtmann, StR Ruff;

FREIE WÄHLER:

StR Mehling, StR Schabl;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

München-Liste:

-;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

StR Sproll;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR Baumgärtner

Bfm. StR Biebl

Bfm. StR Dunkel

i. V Herr Eckhardt (SOZ)

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer

Bfm. StRin Frank

Stadtkämmerer Frey

Stadtschulrat Kraus

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

Bfm. StR Mickisch

i. V. Herr Raab (it@M)

Bfm. StRin Dr. Sammüller-Gradl

i. V. Herr Schwartz (RKU)

Bfm. StRin Zurek

Inhaltsverzeichnis

Vor Eintritt in die Tagesordnung	7
OB Reiter:	7
Frau Lang-Hefferle:	7
Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Juli bis Dezember 2022	8
Vertretung der Landeshauptstadt München in Vereinen und Verbänden	8
Feststellung des Jahresabschlusses für die Geschäftsjahre 2020 und 2021	9
Beschluss über die Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen	9
Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss	10
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen	10
Maßnahmenpaket gegen Antiziganismus	11
Prüfung zur Einführung einer Transparenzsatzung	11
Frauenhäuser in München	12
StR Pretzl:	12
StRin Hübner:	12
2. Stammstrecke München	13
"kitabarometer"	13
StR Stanke:	13
Zukunft des Kindermuseums München	14
Prof. Dr. Hoffmann:	14
Max-Joseph-Platz	15
StR Pretzl:	15
StRin Wolf:	15
Beitrag zur Pflegeversicherung - Nachweis der Elterneigenschaft	16
München fordert Zuzugssperre für Flüchtlinge	16
OB Reiter:	16
StR Walbrunn:	16
OB Reiter:	17
Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2024 – 2028	18
StRin Dr. Menges:	18
OB Reiter:	19
Nutzbarmachung von zwei Wohnungen im Kreativlabor	20
StRin Burneleit:	20
StR Mentrup:	20
StR Agerer:	21
StRin Fuchs:	22
Bfm. StR Biebl:	22
Planfeststellung Ersatz des vorhandenen Empfangsgebäudes Hauptbahnhof	24
StR Bickelbacher:	24
StRin Wolf:	24
StRin Wassill:	25
OB Reiter:	25
Olympiapark München GmbH Zeltdachsanierung	27
StRin Hübner:	27
StRin Hanusch:	28

StR Reissl:	30
StRin Neff:	33
StRin Wolf:	35
StRin Hübner:	37
Münchner Stadtmuseum – Erwerbung eines Kostümbuchs für die Von Parish Kostümbibliothek	39
StRin Haider:	39
OB Reiter:	39
163. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen.....	40
StR Stanke:.....	40
„Meldeplattform ‚Weniger ist mehr‘“ und „Mach München besser: Gilt das auch für nutzbare Gehwege?“	44
StRin Haider:	44
StR Stanke:.....	45
Vorstellung des EU-Projekts ASCEND (Accelerate Positive Clean Energy Districts).....	46
BMin Habenschaden:	46
Bfm. StR Baumgärtner:.....	46
StRin Wassill:.....	47
Bfm. StR. Baumgärtner:.....	47
BMin Habenschaden:	47

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:19 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

Vor Eintritt in die Tagesordnung

OB Reiter:

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, ist es mir ein Anliegen, Frau Lang-Hefferle, die heute als Leiterin der Rechtsabteilung im Direktorium das letzte Mal an unserer Sitzung teilnimmt, zu verabschieden. - (Allgemeiner Beifall)

Sie ist seit über 40 Jahren als Juristin bei der Stadt tätig und seit 2020 die Leiterin der Rechtsabteilung. Wir haben viele Dinge miteinander erleben dürfen. Ich kann nur sagen: Sie haben es gut ausgehalten und schauen fit für einen langen und gesunden Ruhestand aus. Wir wünschen Ihnen alles Gute. - (Allgemeiner Beifall - der Oberbürgermeister überreicht ihr einen Blumenstrauß)

Frau Lang-Hefferle:

Lieber Herr Oberbürgermeister! Ich möchte mich herzlich für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bedanken und auch dafür, dass ich die Rechtsabteilung drei Jahre leiten durfte. Ich bin die erste Frau in dieser Position - (Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren vom Stadtrat, ich möchte Chapeau sagen. Sie haben unsere Rechtsabteilung noch nie so gefordert wie in dieser Zusammensetzung. Ich hoffe, wir konnten Ihren Fragen immer einigermaßen gerecht werden. Mein Herz schlug immer höher, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, gefragt haben: Was sagt meine Rechtsabteilung dazu?

All die Jahre hat mir die Tätigkeit viel Freude bereitet. Ich bin stolz darauf, Ihnen allen geholfen zu haben, Gerechtigkeit und Demokratie in unserer Stadt verwirklichen zu können. Ich bedanke mich und möchte sagen, dass in meiner Rechtsabteilung großartige Juristinnen und Juristen arbeiten, die Ihnen weiterhin bei dieser Aufgabe zur Seite stehen werden. Vielen Dank. - (Allgemeiner Beifall)

**Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate Juli bis Dezember 2022
(Ausschüsse und Vollversammlungen) - § 2 Nr. 24 GeschO -**

Aktensammlung Seite 4871

Beschluss:

Nach Antrag.

Vertretung der Landeshauptstadt München in Vereinen und Verbänden
- Verein Franz-Auweck-Stiftung e. V. -
- Zweckverband Otfried-Preußler-Gymnasium Pullach

Aktensammlung Seite 4873

Beschluss:

Nach Antrag.

**Feststellung des Jahresabschlusses für die Geschäftsjahre 2020 und 2021
für den konstituierten Regiebetrieb Sondervermögen Anwesen Schloss Kempfenhausen**

Aktensammlung Seite 4877

Beschluss:

Nach Antrag.

**Beschluss über die Vorschlagsliste für Schöffinnen und Schöffen
für die Amtsperiode 2024 bis 2028 gemäß § 36 Abs. 1 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)**

Aktensammlung Seite 4879

Beschluss:

Nach Antrag.

Umbesetzung im Kinder- und Jugendhilfeausschuss

- **Abberufung dreier stimmberechtigter Mitglieder**
- **Abberufung dreier in Stellvertretung stimmberechtigten Mitglieder**
- **Wahl dreier stimmberechtigter Mitglieder**
- **Wahl dreier in Stellvertretung stimmberechtigten Mitglieder**

Aktensammlung Seite 4881

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referent*innen zu den Tagesordnungspunkten

B 3, 5, 6, 7, 8, 10, 13, 15, 17, 19, 22, 23 und 24 werden **einstimmig beschlossen**.

(Aktensammlung Seite 4873, 4895, 4897, 4899, 4901, 4905, 4911, 4915, 4919, 4921, 4927, 4929 und 4931)

Maßnahmenpaket gegen Antiziganismus

Antrag Nr. 2798 von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt vom 31.05.2023

Aktensammlung Seite 4889

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

Prüfung zur Einführung einer Transparenzsetzung

Antrag Nr. 1229 von Die Grünen – Rosa Liste und SPD/Volt vom 23.03.2021

Aktensammlung Seite 4891

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

Frauenhäuser in München

Sachstand weiterer Ausbau der Plätze

Antrag Nr. 0090 von ÖDP/FW vom 29.05.2020

Antrag Nr. 0775 der CSU vom 02.12.2020

Aktensammlung Seite 4903

StR Pretzl:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss erneut zur Abstimmung.

StRin Hübner:

Wie im Ausschuss stimmen wir den Ziffern 1 und 6 des Änderungsantrages zu und lehnen die Ziffern 2 bis 5 ab.

Die Ziffern 2 bis 5 des gemeinsamen Änderungsantrags Nr. 3810 von ÖDP/München-Liste und CSU mit FREIE WÄHLER werden gegen die Stimmen der Antragsteller*innen **abgelehnt**.

Die Ziffern 1 und 6 des gemeinsamen Änderungsantrags von ÖDP/München-Liste und CSU mit FREIE WÄHLER Nr. 3810 werden **einstimmig beschlossen**.

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

2. Stammstrecke München

- **neuer Termin- und Kostenplan**

- **weiteres Vorgehen**

Aktensammlung Seite 4907

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI und AfD):

Nach Antrag.

"kitabarometer"

Elternbefragung zum Bedarf an Kindertagesbetreuung in München Vergabeermächtigung

Aktensammlung Seite 4909

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Nach Antrag.

Erklärung zur Abstimmung

StR Stanke:

Herr Oberbürgermeister, Meine Damen und Herren! Warum haben wir abgelehnt? Die Berücksichtigung der Geschlechter- und Gleichstellungsrelevanz in Satzungstexten verbietet sich. Außerdem soll die Berücksichtigung von Genderkompetenz und geschlechtergerechter Sprache ein Vergabekriterium sein.

Die Eltern haben in ihrem Alltag mit Familie und Beruf bereits genug zu tun. Ich denke, sie werden sich vermehrt fragen, ob die Leute hier im Rathaus nicht zu viel Zeit haben. Warum wird das

ausgeschrieben? Dabei entstehen Kosten. Können das Personal, die Infrastruktur und die mediale Reichweite nicht günstiger oder intern umgesetzt werden? Jeder der genannten Gründe wäre für uns bereits ein Anlass, die Vorlage abzulehnen. Danke.

Zukunft des Kindermuseums München

Standortentscheidung Grundsatzbeschluss

Anfrage Nr. 0655 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 15.02.2023

Verschiedene BA-Anträge

Aktensammlung Seite 4917

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI):

Nach Antrag.

Erklärung zur Abstimmung

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Erklärung wie im Ausschuss.

Max-Joseph-Platz

Darstellung der Untersuchungsergebnisse und weiteres Vorgehen

Diverse Stadtratsanträge

Aktensammlung Seite 4923

StR Pretzl:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss erneut zur Abstimmung.

StRin Wolf:

Wir auch.

Der Änderungsantrag Nr. 3756 von CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen der Antragssteller*innen und FDP BAYERNPARTEI **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag Nr. 3752 von DIE LINKE./Die PARTEI wird gegen die Stimmen der Antragsteller*innen **abgelehnt**.

Ziffer 1 bis 5 und 7 bis 14 des Antrags der Referent*innen werden gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERPARTEI und AfD **beschlossen**.

Ziffer 6 des Antrages der Referent*innen wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und FDP BAYERPARTEI **beschlossen**.

Der Antrag der Referent*innen wird gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERPARTEI und AfD **beschlossen**.

- Die Tagesordnungspunkte C 1 und C 2 werden gemeinsam behandelt. -

**Beitrag zur Pflegeversicherung - Nachweis der Elterneigenschaft
Dringlichkeitsantrag Nr. 3812 der AfD vom 24.04.2023**

Aktensammlung Seite 4933

und

**München fordert Zuzugssperre für Flüchtlinge
Dringlichkeitsantrag Nr. 3813 der AfD vom 24.04.2023**

Aktensammlung Seite 4935

OB Reiter:

Ich zitiere die mit Beifall bedachte Rechtsabteilung. Zum ersten Dringlichkeitsantrag der AfD – Beitrag zur Pflegeversicherung – Nachweis der Elterneigenschaft: Der Antrag ist objektiv nicht dringlich. Vielmehr handelt es sich um eine Angelegenheit der laufenden Verwaltung. Der Antrag wird per Brief an alle Fraktionen beantwortet.

Der zweite Dringlichkeitsantrag – München fordert Zuzugssperre für Flüchtlinge – ist ebenfalls objektiv nicht dringlich. Den werden wir in einem Ausschuss behandeln.

StR Walbrunn:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Selbstverständlich spreche ich zur Dringlichkeit. Diese ist aus unserer Sicht gegeben. Wir erleben die Bürgerproteste in Allach und Bogenhausen. Wir erleben die Zunahme an illegalen Grenzübertritten, sowohl an den europäischen Außengrenzen als auch an der deutsch-tschechischen und deutsch-schweizerischen Grenze. Das Thema ist aktuell und man sollte nicht warten, bis es sich im Laufe des Jahres noch weiter zuspitzt. Vielen Dank!

OB Reiter:

Dringlichkeit bedeutet nur, dass es in der heutigen Sitzung behandelt werden muss und nicht erst in einem nächsten Ausschuss. Dementsprechend ist das kein Dringlichkeitsgrund. Wir können gerne über die Dringlichkeit abstimmen.

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

Den Dringlichkeitsanträgen Nr. 3812 und Nr. 3813 der AfD wird die Dringlichkeit **nicht zuerkannt.**

Wahl der Schöffen für die Amtsperiode 2024 – 2028
Wahl der Vertrauenspersonen als Beisitzerinnen und Beisitzer
des Schöffenwahlausschusses

Aktensammlung Seite 4869

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

- Der Oberbürgermeister übergibt die Sitzungsleitung an die Wahlkommission.
Die Stadtratsmitglieder Frau Dr. Menges, Herr Dr. Roth und Herr Vorländer bilden den Wahlausschuss.
Um 09:43 Uhr tritt die Vollversammlung in die Wahlhandlung ein. Es erfolgt der Namensaufruf und nach Beendigung des Wahlgangs die Auszählung der Stimmzettel. -

StRin Dr. Menges:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gebe das Ergebnis der Wahl bekannt:

Abgegebene Stimmen:	79
Ungültige Stimmen:	4
Gültige Stimmen:	75

Als Vertrauenspersonen wurden gewählt:

StRin Lux mit 71 Stimmen,
StRin Mirlach mit 70 Stimmen,
StRin Odell mit 71 Stimmen,
StRin Pilz-Strasser mit 71 Stimmen,
StR Schall mit 71 Stimmen und
StRin Wenngatz mit 70 Stimmen.

Nehmen Sie die Wahl an? - (Die gewählten Vertrauenspersonen signalisieren Zustimmung.)

Das Quorum ist damit erfüllt. Weitere Stimmen entfielen auf StR Progl (3), StRin Likus (1), StRin Nitsche (1) und StR Schuster (1).

Als Stellvertreter und Stellvertreterinnen wurden gewählt:

StR Babor mit 70 Stimmen,
StRin Hanusch mit 70 Stimmen,
StRin Kainz mit 70 Stimmen,
StRin Likus mit 70 Stimmen,
StRin Nitsche mit 70 Stimmen und
StR Schuster mit 70 Stimmen.

Nehmen Sie die Wahl an? - (Die genannten Personen signalisieren Zustimmung.)

Weitere Stimmen entfielen auf StR Prof. Dr. Hoffmann (2), StR Hefter (1) und Dieter Bohlen (1). - (Allgemeine Heiterkeit) - Er kommt bei Wahlen immer wieder vor, Micky Maus diesmal nicht.

Damit ist der Wahlvorgang abgeschlossen, und ich übergebe die Sitzungsleitung an den Oberbürgermeister.

- OB Reiter übernimmt den Vorsitz. -

OB Reiter:

Ich danke dem Wahlausschuss, der seine Aufgabe in gewohnt präziser Manier erledigt hat.

Nutzbarmachung von zwei Wohnungen im Kreativlabor**Freigabe Finanzierung****München wird Partner von Artists at Risk****Antrag Nr. 2493 von der Stadtfraktion DIE LINKE./Die PARTEI vom 09.03.2022**

Aktensammlung Seite 4875

StRin Burneleit:

Liebe Kolleginnen und Kolleginnen! Ich freue mich sehr, dass nun die Beschlussvorlage zu dem Antrag unserer Fraktion vom März letzten Jahres vorliegt. Im Kreativquartier, wo bereits viele Kunstschaaffende vor Ort sind, sollen Künstlerinnen und Künstlern aus Krisengebieten zwei Wohnungen und Atelierräume in der HALLE 6 zur Verfügung gestellt werden. Sie mussten aus diesen Regionen fliehen und konnten ihre Kunst vielleicht nicht mehr ausüben. Das „Writers in Exile“-Programm des deutschen PEN ist ein ähnliches Modell, das sehr gut läuft.

Ich habe diesen Tagesordnungspunkt aufgerufen, weil ich der Verwaltung dafür danken möchte, dass sie meinen Antrag aufgegriffen hat. Wir unterstützen damit Künstler*innen in einer Notsituation. Die Zusammenarbeit des Kulturreferats mit Artists at Risk gefällt mir gut. Diese Non-Profit-Organisation schlägt der Landeshauptstadt München Künstler*innen vor, die eine Unterkunft benötigen, ohne die Liste zu kuratieren. Dann entscheidet das Kulturreferat in Kooperation mit dem Team der HALLE 6, wer die Wohnungen bekommt.

Ein großes Dankeschön geht auch an die Verantwortlichen der HALLE 6. Ohne deren Einsatz bei der jahrelangen Sanierung der Wohnungen wäre dieses Projekt nicht möglich gewesen. - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI - Bfm. StR Biebl: Jetzt kommt noch einer, der sich freut.)

StR Mentrup:

Herr Biebl, natürlich freue ich mich! Lieber Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kunst und Kultur in unserer Stadt sind uns viel wert, weil sie unser Leben bereichern, uns inspirieren und neue Perspektiven eröffnen. Ab 1. Juli werden Künstlerinnen und Künstler aus aller Welt noch mehr dazu beitragen. Einerseits geschieht dies durch die hervorragende Initiative Artists at Risk, andererseits bringen uns Menschen aus der freien Szene Kunst und Kultur nahe. Damit wird das Kreativlabor gestärkt.

Auch ich möchte mich herzlich bei dem Team der HALLE 6 bedanken. Diese Initiative hat die beiden Wohnungen kostengünstig ausgebaut und bietet seit mehreren Jahren Co-Working Spaces, Ateliers und Räume für Kunst an. Vielen Dank für diese meist mit Selbstausschöpfung verbundene Arbeit!

Herzlichen Dank auch an das Kulturreferat! Ich weiß, dass es sehr viel Mühe gekostet hat, dieses Projekt unbürokratisch hinzubekommen. Das hat bei einigen Beteiligten zu mehr grauen Haaren geführt. - (Zurufe) - Doch, doch! Auf diese Weise konnten die Baukosten niedrig gehalten werden. Bei der gestrigen Veranstaltung „Kultur trifft Politik“ hat mir Christian Schnurer von der HALLE 6 gesagt, dass der Kostenrahmen eingehalten wird.

In der HALLE 6 läuft gerade die sehr empfehlenswerte Ausstellungs- und Projektreihe „No one is an Island“. Vielleicht kennen Sie die Skulptur „Autoeater“ vor dem Justizpalast, den Julia Venske, eine der Künstler*innen der HALLE 6, gestaltet hat? Die Zusammenarbeit zwischen dem Kulturreferat und der freien Szene funktioniert super. Außerdem werden Kunst und Kultur in dieser Stadt gestärkt. Vielen Dank! - (Beifall von SPD/Volt)

StR Agerer:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute vor genau zwei Jahren haben wir den Antrag gestellt, diese zwei Wohnungen endlich nutzbar zu machen. Die Wohnungen stehen mittlerweile sieben bzw. elf Jahre leer. Bei einem privaten Eigentümer wäre das Amt für Wohnen und Migration schon längst aktiv geworden, hätte Architekten geschickt und nachgefragt, ob es wirtschaftlich vertretbar ist, diese Wohnungen leer stehen zu lassen. Bei diesem Eigentum der Landeshauptstadt München wurde nicht genau hingesehen.

In dem Antrag, den wir im April 2021 in Absprache mit Christian Schnurer gestellt haben, war vollkommen klar: Es gab Zusagen über die Corona-Kulturhilfen und später über das Rettungsprogramm Neustart Kultur, dass wir diese Sanierung durch Bundesmittel finanzieren können. Genau dieser Vorschlag, den wir vor zwei Jahren unterbreitet haben, wird jetzt umgesetzt. Aber wer zahlt es? Wir als Landeshauptstadt München. Das heißt, einerseits hätten wir diese 83.000 € sparen und andererseits die Wohnungen jetzt schon fast zwei Jahre für Künstler zur Verfügung stellen können. Deswegen stimmen wir dem Antrag mit einem lachenden und einem weinenden Auge zu. Der Vorschlag ist endlich umgesetzt, die Wohnungen werden bald genutzt. Aber warum muss so etwas fast zwei Jahre dauern? Warum mahlen die Mühlen der Bürokratie in München so langsam?

Ich will noch an eine Schlaufe erinnern. Wir haben uns im Ausschuss mehrfach damit befasst. Ich hatte vor der Antragstellung die Möglichkeit, mir die Wohnungen anzuschauen. Ich bin da rein und habe gesehen, es kann kein großer Sanierungsbedarf sein. Das Kulturreferat hat dann später argumentiert, alles sei verschimmelt, deswegen gehe das nicht so schnell, deswegen bräuchten wir ein Gutachten. Das Gutachten haben wir in Auftrag gegeben, das hat auch wieder Geld gekostet. Dann kam die Information, es geht nicht schnell, ohne dass das Gutachten zugänglich gemacht wurde. Am Ende hat sich herausgestellt, dass es mit minimalem Aufwand möglich ist, nämlich mit diesen 83.000 € inklusive Ausstattung, die zwei Wohnungen komplett nutzbar zu machen.

Zusammenfassend: Wir unterstützen logischerweise die Vorlage. Wir freuen uns, dass das endlich kommt. Wir hoffen aber darauf, dass es in Zukunft in der Landeshauptstadt schneller und effizienter zugeht und wir demnach auch unsere Investitionen in Kunst und Kultur schneller auf die Straße bringen und nicht bei jeder Kleinigkeit zwei Jahre brauchen, um das umzusetzen. Vielen Dank!
- (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Fuchs:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleg*innen! Auch wir wollen es uns nicht nehmen lassen, in den Freudenreigen mit einzustimmen – oder, Herr Agerer, in den Freudenreigen mit einem Wermutstropfen. Hier kann man sehen, was passiert, wenn verschiedenste Akteurinnen und Akteure an einem Strang ziehen und ein gemeinsames Ziel verfolgen, wenn Verwaltung und Politik gemeinsam mit anschieben: Dann machen wir Synergien möglich.

Die zwei Wohnungen werden jetzt nutzbar gemacht, und das für etwas über 130.000 € inklusive der Renovierung, der Ausstattung, der Einrichtung, der Nebenkosten und der Betriebskosten. Da muss man auch ehrlich sagen: Hätten wir das komplett allein gemacht, also ohne das Engagement der Akteurinnen und Akteure vor Ort, namentlich der HALLE 6, hätte das wahrscheinlich doppelt so viel gekostet und doppelt so lange gedauert. Insofern ist das eine gute Lösung, die wir jetzt auf den Weg gebracht haben. Und dass wir dabei die Möglichkeit haben, mit Artists at Risk ein Stipendium für politisch verfolgte Künstlerinnen und Künstler auf den Weg zu bringen, damit diese hier ihrer künstlerischen Arbeit nachgehen können, ist sehr gut. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

Bfm. StR Biebl:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Ich fange mit dem Wermutstropfen an. Sie haben recht, Herr Agerer, nur die Zeitläufe sind so nicht richtig. Es

waren lange Zeit Hausmeister und Hausverwaltung in der Wohnung, Schimmel war damals wirklich ein Thema. Auch mir hat es zu lange gedauert. Ich habe mir ebenfalls die Wohnungen angeschaut, und dann ging es voran. Ich könnte als Kulturreferent sagen, das interessiert mich nicht, weil ich weder der Immobilienreferent noch der Betreuungsreferent der MGH bin. Aber mir liegt das Kreativlabor derart am Herzen, dass wir die Sache vorangebracht haben, und wir haben jetzt den Weg beschlossen, den wir letzten Herbst mit der HALLE 6 vereinbart haben.

Ich danke für den Dank und freue mich, dass wir jetzt diese beiden Wohnungen zur Verfügung stellen können. Ich muss meinen Antrag aber ändern und streiche die Antragsziffer 5. Darin geht es um die Finanzierung der Neben- und Betriebskosten sowie der Stipendien. Wir hatten ursprünglich beantragt, diese Mittel im Eckdatenbeschluss 2024 anzumelden. Das geht nicht. Ich möchte das Vorhaben aber nicht weiter gefährden, deswegen würden wir diese Kosten aus dem Kulturreferatshaushalt übernehmen. Das ist für mich ein Zeichen dafür, wie verantwortlich wir mit der Nutzung des Kreativlabors umgehen.

Der modifizierte Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Planfeststellung Ersatz des vorhandenen Empfangsgebäudes Hauptbahnhof durch einen Neubau, Abgabe der Gesamtstädtischen Stellungnahme

Aktensammlung Seite 4883

StR Bickelbacher:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema wird diesen Stadtrat noch lange beschäftigen. Ich werde nicht mehr hier sitzen, wenn am Hauptbahnhof gebaut wird. Zwei Amtsperioden dürfen sich noch mit diesem Empfangsgebäude befassen. Vier Jahre bevor die S-Bahn fertig ist, fängt man mit dem Empfangsgebäude an, das heißt, das wird etwa in den Jahren 2031 bis 2037 stattfinden. Das ist leider noch eine lange Zeit, weil die Stammstrecke sich so weit verschiebt. Zehn Jahre lang wird an dieser Stelle mitten in der Stadt eine große Wunde klaffen. Das lässt sich jetzt nicht mehr ändern. Für die Stadt München ist das sehr bedauerlich.

Wichtig ist, dass wir in dieser Interimszeit auch Möglichkeiten für das Fahrradparken brauchen. Denn die angedachten 3 000 Fahrradstellplätze wird es noch nicht so schnell geben. Das hängt auch wieder mit den Baumaßnahmen zusammen. Wir müssen ein bisschen besser werden, um für die Interimszeit noch mehr Stellplätze zu schaffen. Es sind im öffentlichen Raum bereits einige geschaffen worden, das ist ein guter Anfang.

Das Referat vertritt die Interessen der Stadt gegenüber der Bahn in diesem Planfeststellungsverfahren so weit ganz gut. Das Thema Bahnmissionsmission habe ich in der Vorlage vermisst. Es wird nicht angesprochen. Als Anlaufstelle ist die Bahnmissionsmission in den meisten Städten bekannt, und deshalb ist es wichtig, der Bahn zu vermitteln: Wir brauchen ausreichende Räumlichkeiten für die Bahnmissionsmission. Natürlich müssen auch die Mieten in Ordnung sein. Wir wissen, das Kinder- und Jugendmuseum hätte in das neue Hochgebäude am Starnberger Bahnhof einziehen können, aber zu Preisen, die für die Stadt nicht akzeptabel waren. Bitte sagen Sie der Bahn im weiteren Verfahren, die Bahnmissionsmission ist wichtig und wir brauchen Räume zu akzeptablen Preisen. Danke schön! - (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir vor zehn bis 20 Jahren gewusst hätten, wie sich der Abbruch und der Neubau des Empfangsgebäudes sowie die 2. Stammstrecke entwickeln, hätten wir anders entschieden. Es ist wirklich ein Drama, jetzt für zehn bis 15 Jahre

anstatt eines Empfangsgebäudes ein tiefes Loch zu haben. Das konnten wir uns trotz aller Kritik an der Bahn damals nicht ausmalen.

Das Empfangsgebäude entsteht wahrscheinlich von 2036 bis 2040, und bei der 2. Stammstrecke gibt es neue Probleme. Während dieser Bauphase muss das Thema Barrierefreiheit – die barrierefreie Erreichbarkeit der Taxis – immer im Auge behalten werden. Wenn das während des Bauablaufs nicht geht, muss entsprechend nachgesteuert werden. Denn sonst ist der Bahnhof für viele Leute einfach nicht mehr nutzbar.

Wir hatten einen üppigen Wettbewerb für das neue Empfangsgebäude inklusive Starnberger Flügelbahnhof. Dann gab es mehrere Initiativen der Bahn, das gar nicht umzusetzen, sondern sich eine eigene Planung auszudenken. Das wurde dann mehr oder weniger abgewehrt. Wie sicher ist es denn, dass dieses Wettbewerbsergebnis mitsamt Überarbeitung – hier wurde ja schon sehr viel Arbeit reingesteckt – ab dem Jahr 2031 tatsächlich umgesetzt wird? Ich würde gerne noch einmal hören, dass das wirklich „betonfest“ ist. Die Umsetzung soll nicht daran scheitern, dass es zu teuer wird. Das Ergebnis des Wettbewerbs gefällt vielen nicht, wir konnten mitgehen. Es wäre äußerst problematisch, alles wieder zurückzunehmen. Danke schön! - (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Auch wir sind traurig, dass der Hauptbahnhofbereich nach wie vor eine riesige Baustelle ist, die die Bürger schon seit Jahren nervt. Dass diese in Zukunft noch lange erhalten bleiben wird, ist wirklich eine Katastrophe. Wir hatten vorgeschlagen, den Vorplatz für den mobilisierten Individualverkehr durchgängig zu machen. Das ist in der Planung nicht enthalten. Dennoch werden wir den Entwurf zur Kenntnis nehmen. Wir würden trotz der optischen Erscheinung des geplanten neuen Hauptbahnhofgebäudes, die uns auch nicht besonders gefällt, zustimmen. Allerdings würden wir den in der Anlage 2 aufgeführten Punkt Nr. 16 – alle den Klimaschutz betreffenden Vorgaben – ablehnen. Danke!

OB Reiter:

Der Tenor ist in allen Wortbeiträgen derselbe. Alle sind über die Entwicklung am Hauptbahnhof alles andere als glücklich. Ich bin auch nicht glücklich, dass es nicht gelingt, das Projekt 2. Stammstrecke aufzuteilen und wenigstens einzelne Gewerke vor den nächsten zehn oder 15 Jahren wiederherzustellen. Das gilt für den Marienhof genauso wie für den Hauptbahnhof. Das ist sehr unerfreulich. Das muss man ganz deutlich sagen, und es wird die Münchnerinnen und Münchner die

nächsten zehn Jahre zu diesen Themen bestimmt nicht fröhlicher stimmen. Allein, was sollen wir tun? Bei vielen Wortbeiträgen ist angeklungen, wie überschaubar die Begeisterung ist.

Ziffer 2 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der Antrag der Referentin **einstimmig beschlossen**.

Olympiapark München GmbH

Zeltdachsanieierung

Aktensammlung Seite 4885

StRin Hübner:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist wenig erfreulich. Wir alle haben viele Emotionen für den Olympiapark. Kaum ein Teil der Stadt bildet das, was München ausmacht, so gut ab wie der Olympiapark. Angesichts des Zustands, in dem er sich jetzt befindet, müssen wir wahnsinnig viel Geld investieren. Im Grunde genommen erfahren wir nur scheibchenweise, um welche Beträge es geht. Wir haben in der letzten Amtszeit sehr viel über das Stadion diskutiert. Der Grundauftrag zur Zeltdachsanieierung wurde schon 2014 erteilt. Wir stellen aber fest, dass die Kosten mit jeder neuen Vorlage immer weiter explodieren. Ich habe ein Problem mit dieser scheibchenweisen Wahrheit. Ich verstehe, dass es am Beginn eines Planungsprozesses schwierig zu wissen ist, wie viel es am Ende kosten wird. Kostensteigerungen von teilweise über 100 % sind aber doch schwer nachvollziehbar.

Wir haben das Zeltdach in den 90er Jahren schon einmal für 60 Mio. € saniert. Wir werden dieses Mal vermutlich 200 Mio. € plus X bezahlen, und die nächste Generation darf das Dach wahrscheinlich 2050 für 1 Mrd. € sanieren. Wir müssen uns daher tiefergehende Gedanken machen, wie wir insgesamt mit dem Olympiapark umgehen – vor allem mit dem Stadion bzw. den Bereichen, die sich unter dem Zeltdach befinden. Sechs bis acht Stadion-Konzerte im Jahr können es nicht gewesen sein. Da muss mehr passieren! Wir haben ansatzweise eine Olympia-Diskussion geführt. Angesichts des Zustands des IOCs fehlt mir allerdings die Fantasie, dass demnächst irgendwelche Athleten bei Olympischen Spielen durch unser Olympiastadion laufen. Ich glaube, es braucht mehr.

Unser Änderungsantrag beauftragt deshalb das Referat für Arbeit und Wirtschaft, gemeinsam mit der OMG mittel- und langfristige Einnahmesteigerungen zu ermöglichen. Dafür brauchen wir mehr als ein paar Konzerte im Frühjahr und im Sommer. Außerdem erhält das Referat für Arbeit und Wirtschaft den Auftrag, für viel mehr Transparenz zu sorgen. Sie bringen jedes Jahr eine Vorlage in den Stadtrat ein, die eigentlich nur die ebenfalls unbefriedigende Aufsichtsratspräsentation durchreicht. Es wird im Grunde keine Diskussion darüber geführt, sondern dem Stadtrat wird nur gesagt, er müsse zahlen. Das kann es auf Dauer nicht sein. Beim Gasteig diskutieren wir intensiv über die

entstehenden Kosten. Hier werden sie teilnahmslos durchgereicht, und wir nehmen sie zur Kenntnis.

Uns muss auch klar sein: Wir reden über ähnliche Summen. Weder beim Stadion noch beim Zelt-dach sind wir am Ende der Kostendiskussion angelangt. Gerade beim Zelt-dach bestehen noch erhebliche Risiken. Auch beim Stadion gibt es Kostensteigerungen von 80 Mio. €. Die Sanierung wird ebenfalls deutlich über 200 Mio. € geschätzt.

Beim Stadion fehlt mir ein Stück weit die Diskussion über Standards. Jeder Bauträger muss bei solchen Kostenexplosionen schauen, welche Standards ggf. diskutabel sind. Man kann die zusätzlichen Kosten nicht einfach an den Hoheitshaushalt weitergeben. An irgendeiner Stelle muss Transparenz geschaffen werden und unseres Erachtens auch eine Standarddiskussion erfolgen. Das muss auch aus den Vorlagen hervorgehen.

In der Vorlage ist einigermaßen gut ausgeführt, dass die Situation beim Zelt-dach schwierig ist, weil dort kaum eine Auswahlmöglichkeit besteht. Wir brauchen aber wenigstens eine Vorlage, die alle geplanten Maßnahmen sauber darstellt, vorhandene Restrisiken benennt und Steuerungsmöglichkeiten des Stadtrates aufführt. Wir können das nicht so laufen lassen. Das sind wir dem städtischen Haushalt mit all seinen Herausforderungen schuldig.

Wir brauchen dringend eine Diskussion, was dort insgesamt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten passieren soll. Das Olympiagelände ist ein wunderbarer Ort für München. Niemand will infrage stellen, dass dieser Ort in all seiner Schönheit erhalten bleibt. Er muss aber mehr als ein Denkmal sein. Er muss gut genutzt werden und wir müssen ihn uns auch leisten können. - (Beifall von SPD/Volt)

StRin Hanusch:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist eine große Aufgabe, dieses wirklich einzigartige Architekturensemble zu erhalten und zukunftsfest zu machen. Gerade das Dach ist ein tolles Beispiel, wie Architektur mit der Landschaft verschmelzen kann. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen. Es ist gut und richtig, dass wir dranbleiben und zu bestimmten Zeitpunkten, die uns leider in dieser Amtsperiode treffen, relativ viel Geld in die Hand nehmen, um dieses wirklich eindrucksvolle Dach zu sanieren. Letztes Jahr hatten wir ein Jubiläum und konnten noch einmal den Mut und die Visionen der damaligen Akteure bewundern. Sie haben sich getraut, diesen Entwurf umzusetzen. Er ist eines der Hauptbilder unserer Silhouette. Der gesamte

Olympiapark und gerade diese freischwebende, besondere Dachkonstruktion sind ein tolles Beispiel für die Erkennbarkeit der Stadt München.

Wir würden uns freuen, wenn es bei den weiteren Planungen gelingt, diesen tollen, innovativen Geist mit einer Solarnutzung zu koppeln. Ich glaube, die Stadtwerke werden sich kurz melden und Stellung nehmen, welche Punkte im Prozess schon geklärt wurden. Es ist natürlich eine Herausforderung, ein solches Dach mit einer Solarfolie zu belegen. Wenn es klappt, wäre es aber ein besonderes eindrucksvolles Beispiel dafür, was mit viel Innovationsgeist bei Solarfolien und Ähnlichem inzwischen machbar ist.

Deswegen lautet unser Änderungsantrag, bei den anstehenden Sanierungen die Frage zu berücksichtigen, wie die vorhandenen Gebäude für mehr Energiegewinnung genutzt werden können. Auch die Abstimmung mit dem Denkmalschutz bedeutet eine Herausforderung. Wir haben aber inzwischen auf anderen Ebenen Signale, dass man diese Themen Hand in Hand angehen muss. Natürlich sind bei derartigen Gebäuden besondere gestalterische Ansprüche an die Solarnutzung zu stellen. Es können nicht unbedingt irgendwelche Standard-Module verwendet werden. Es ist aber machbar. Wir haben im Rahmen des UNESCO-Weltkulturerbe-Prozesses Expert*innen an Bord, die dieses Thema schon auf ihrer Agenda haben.

Zu den anstehenden Kosten: Wir befinden uns bei derartigen Planungen in einem sehr langwierigen Prozess. Es ist gut und richtig, immer wieder Anpassungen vorzunehmen. Die grundsätzliche Entscheidung, das Stadion – und damit auch das Dach – für möglichst vielfältige Nutzungen in der Zukunft zu rüsten, haben wir schon in der letzten Amtsperiode getroffen. Durch die Bestandsuntersuchungen sind wir von den Risikoabwägungen schrittweise zu immer belastbareren Zahlen gelangt. Die wahnsinnige Baukostensteigerung, die wir bei all unseren Bauvorhaben beklagen müssen, schlägt leider auch hier sehr hart durch. Das beschert uns noch einmal höhere Summen und daher natürlich auch schwierigere Entscheidungen.

Wir stehen aber weiter hinter der Aussage, dass wir dieses Stadion und die gesamte Anlage in die Zukunft führen wollen. Mit unserer Tochter OMG und den Stadtwerken als Betreuungsorganisationen der Sanierungsmaßnahmen haben wir eine besondere Konstruktion. Wir müssen uns überlegen, mit welchem klügeren Finanzierungsmodell wir besonders hohe Zahlungen abwickeln, wenn diese zu bestimmten Zeitpunkten anfallen. Ich bin Aufsichtsrätin und war deswegen schon häufiger mit diesen Themen befasst. Es macht durchaus Sinn, auch dem Gesamtstadtrat noch einmal einen Fahrplan darzustellen. Die Sanierung wird sich noch einige Jahre hinziehen. Alle Schritte

sollten gut abgebildet werden. Außerdem sollte dargestellt werden, wie die zum Teil noch enthaltenen Risikopuffer je nach Planungsphase angepasst werden. Wir möchten eine möglichst belastbare Zahl und einen Fahrplan für eine zügige Finanzierung vorgelegt bekommen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, der den Rahmen für das Zeltdach etwas weiter spannt und die Prüfung einer Solarnutzung sowie einen Sanierungsfahrplan für das Gesamtgelände fordert. Wir möchten eine Gesamtdarstellung. Wir haben hier eine große Hypothek, aber auch einen wahnsinnigen Gewinn für unsere Stadtgesellschaft. Es handelt sich um das am besten nachgenutzte Olympiaensemble. Es ist damals auf einem Schuttberg entstanden, und wir können uns alle täglich über die Nutzung des Geländes freuen. Gerne können wir auch Ideen entwickeln, wie sich damit ein paar Einnahmen generieren lassen. Es gibt durchaus innovative Ideen zu Sportveranstaltungen.

Es darf uns eine gewisse Summe wert sein, da die Stadtgesellschaft täglich in der Nutzung des Geländes einen Wahnsinnsgewinn hat. Das gilt für das Joggen, Sportmachen oder Genießen von Landschaft und Architektur. Vielen Dank! - (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

StR Reissl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Das Münchner Olympiastadion ist gut 50 Jahre alt. Das eine oder andere Bekenntnis zu diesem Stadion und dieser Anlage haben wir in der Debatte schon gehört. Natürlich gehört es sich auch, darüber zu sprechen. Die Stadt München hat wenige Jahre vor 1972 den Zuschlag für die Olympischen Spiele bekommen. Egal, ob wir es erlebt haben oder aus dem Geschichts- und Heimatkundeunterricht bzw. Erzählungen kennen: Wir alle wissen, dass die Olympischen Spiele 1972 in unserer Stadt ein ganz besonderes Ereignis waren. Es gibt Stichworte wie beispielsweise „die Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland“ oder „die Rückkehr Deutschlands in die demokratische, zivilisierte Welt“. Die Architekten dieser Anlage – Behnisch und Partner, Auer & Weber, Grzimek und wie sie alle hießen – haben sich bemüht, mit dieser architektonischen Sprache etwas zum Ausdruck zu bringen. Das ist international anerkannt und hat bis heute eine ganz besondere Bedeutung. Das Olympia-Zeltdach und der gesamte Olympiapark sind heute eines der bedeutendsten Wahrzeichen unserer Heimatstadt.

Es ist international bekannt. Die Stadt München hat das Glück, mehrere international funktionierende Marken zu haben. Eine davon ist der Olympiapark mit seiner Gestaltung und den Anlagen.

Zur Frage, ob das Münchner Olympiagelände ausreichend genutzt wird: Aufgrund der relativ innenstadtnahen Lage wird die Olympische Sportanlage seit dem ersten Tag nach dem Ende der Olympischen Spiele im September 1972 intensivst nachgenutzt. Der Fußball ist mittlerweile aus dem Olympiastadion ausgezogen, und allen war klar, dass dieses Stadion dann weniger genutzt werden wird.

Zur Frage, welche weiteren Nutzungen es gibt: Natürlich kann man in einem Änderungsantrag schreiben, man solle sich um weitere Nutzungen bemühen. Aber in diesem Zusammenhang wären Anwendungsbeispiele interessant. Vorgänger der aktuellen Geschäftsführerin haben das mit verschiedenen Veranstaltungen versucht. Es gab im Olympiastadion Langlaufveranstaltungen, Weinmessen mit Reben auf der Haupttribüne sowie die heftig umstrittenen Läufe der DTM. Alle sind gescheitert, weil es wirtschaftlich nicht darstellbar war.

Es gab die Debatte, ob wir das Olympiastadion nach den damals aktuellen Vorstellungen eines Hexenkessels fußballtauglich umbauen. In der Anhörung 2000 oder 2001 hat der Vertreter des Büros Behnisch & Partner gesagt: Wir steigen aus diesem Projekt aus, diesen Umbau gibt es nicht. Damit war allen klar, der Fußball wird dieses Olympiastadion mittelfristig verlassen. Bereits damals haben wir uns um andere Nutzungen dieses Stadions bemüht. Doch wir wissen, es wird nicht viele andere Nutzungen geben. Leichtathletik-Wettkämpfe – egal ob Deutsche, Europa- oder Weltmeisterschaften – werden wir nicht jedes Jahr bekommen.

Liebe Antragsteller dieses Änderungsantrags, wenn man eine wohlfeile Forderung aufstellt, könnte man vielleicht auch die eine oder andere Idee dazu beisteuern. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Unterschiedliche Varianten einer Stadionsanierung sind intensiv diskutiert worden, z. B. das Stadion nicht mehr zu bespielen, sondern eine Art Freilichtmuseum mit Dachtour daraus zu machen. In diesem Fall wären die Kosten relativ gering gewesen, aber diese Variante wollten der Aufsichtsrat der OMG und auch der Stadtrat in seiner Gesamtheit nicht.

Zur Kostenermittlung: Bei Standardbauten wie Kindertagesstätten, Schulen oder Verwaltungsgebäuden kann man sich bei Kostenschätzungen auf Kostenkennwerte verlassen. Aber bei solchen Sonderbauten – dieses Dach ist ein Unikat – gibt es keine Kostenkennwerte. Je genauer man sich das Stadion und seine Einzelteile anschaut, desto klarer wird, wie groß der Sanierungsaufwand sein würde.

Der Vergleich mit der Dachsanierung in den 90er Jahren ist vollkommen unbehilflich, weil es damals nicht um die Sanierung der statischen Konstruktion gegangen ist, sondern um den Austausch von Plexiglasplatten. - (StRin Hübner: Ich wollte nichts vergleichen, ich habe nur gesagt, dass man auch da schon große Summen investieren ...) - Der Vergleich ist trotzdem vollkommen unbehilflich, weil es eine andere Aufgabenstellung war. Nach Untersuchungen ist man davon ausgegangen, dass man die Tragwerkskonstruktion nicht sanieren muss. Man hat nur die Platten ausgetauscht, weil sie im Laufe der Jahre trüb geworden sind. Wir hatten das Glück, dass der Rest der Olympiarücklage von Bund und Land von 1972 dafür ausgereicht hat.

Für die Grünen hat heute immerhin das Aufsichtsratsmitglied Anna Hanusch gesprochen. Beim Beitrag von Anne Hübner habe ich mich gefragt: Wie läuft eigentlich die Kommunikation in der Fraktion ab? Ihr habt doch auch Mitglieder im Aufsichtsrat der OMG. - (StRin Hübner: Diese Informationen gehören in die Vorlage! Das ist wirklich ungehörig! - vereinzelter Beifall) - Es ist doch schön, wenn sich die Anne ein wenig ärgert. Das ist doch wunderbar. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, Unruhe)

(OB Reiter: Das ist eine eigentümliche Einschätzung.) - Ich hätte mich peinlich berührt gefühlt. Dabei bleibe ich. - (OB Reiter: Alexander, das kannst Du. Aber wir reden doch nicht über Befindlichkeiten. Ich dachte, Du leistest einen Sachbeitrag. - Zwischenruf) - Ach, Herr Oberbürgermeister, bist Du gerade wieder aufgeschreckt, weil sich Deine Fraktionsvorsitzende ein bisschen beunruhigt fühlt? - (Heiterkeit) - Du warst wunderbar konzentriert in Deine schriftliche Unterlage. Ich will Dich davon nicht abhalten. - (Heiterkeit, Unruhe, Zwischenrufe)

Die Stadtwerke informieren in den Aufsichtsratssitzungen regelmäßig über die Fortentwicklung der Kosten für Sanierungen – nicht nur des Dachs, sondern des gesamten Olympiaparks. Als Aufsichtsratsmitglied fühle ich mich nicht schlecht informiert, und die Aufsichtsratsmitglieder aus meiner Fraktion teilen vermutlich diese Sicht. Im Übrigen sind wir durchaus in der Lage, uns untereinander auszutauschen.

Zum Thema alternatives Finanzierungsmodell: Wir haben bereits mehrere Änderungen vorgenommen, nämlich die Übertragung des Anlagevermögens auf die Stadtwerke sowie die Begründung einer umsatzsteuerlichen Organschaft mit dem Olympiapark. Es gibt eine klare Rollenverteilung, und innerhalb dieses Modells haben wir mit der Sanierung und ihrer Finanzierung begonnen.

Ich halte es für ein großes zusätzliches Kostenrisiko, ein solches Modell auf halber Strecke zu verändern. Was würde ein anderes Finanzierungsmodell bedeuten? Nach dem jetzigen Finanzierungsmodell zahlt der Hoheitshaushalt den Betrag an die Stadtwerke. Ein anderes Finanzierungsmodell wäre beispielsweise ein Investorenmodell. Scheiden dann die Stadtwerke als Bauherr aus? Übergeben wir die Aufgabenstellung der Sanierung an einen anderen Bauherrn? Welches Finanzierungsmodell soll es sein, falls es weder der Hoheitshaushalt noch ein Investor ist? Wir könnten wie zum Beispiel der Bund ein sogenanntes Sondervermögen, aufnehmen. Aber das wäre auch nichts anderes als öffentliche Schulden. Das ist ein Werfen mit Nebelkerzen.

Jetzt komme ich zum Höhepunkt dieses Änderungsantrages. Herr Oberbürgermeister, in Ziffer 4 neu heißt es, noch nicht absehbare Kostensteigerungen sind im Rahmen dieser Übersicht zu benennen. Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Die Anne kann sich gleich noch mal melden, um zu erläutern, wer die Kristallkugel überreicht bekommt, um die noch nicht absehbaren Kostensteigerungen zu benennen. Dieser Änderungsantrag ist wirklich eine der Sternstunden des Münchner Stadtrats. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

Ich weiß nicht, wie viele Varianten der Sanierung von Zeltdach und Olympiapark die Stadtwerke schon überprüft haben. Wir wollen die Statik nicht verändern, und ich glaube nicht, dass die Statik dieses Zeltdaches ... Ich habe im Aufsichtsrat mal gefragt, ob es außer der Sanierung von bestehenden Teilen auch erforderlich ist, statisch bedeutsame Teile zu ersetzen. Nein, das ist Gott sei Dank nicht der Fall. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Last, die auf dieser Tragkonstruktion ruht und abgespannt wird, erhöht werden kann, wenn etwas draufgelegt wird, was mit zusätzlichen Kabeln nach unten verbunden werden muss.

Kolleginnen und Kollegen, wir werden diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. Er führt uns nicht weiter. Er macht den mit der Sanierung beschäftigten Menschen in der Olympiapark GmbH und bei den Stadtwerken München nur zusätzliche Arbeit. Sie müssen Runden, die sie bereits gedreht haben, erneut drehen. Das ist es nicht wert. - (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Neff:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Lieber Alexander Reissl, wir beide haben die Olympischen Spiele erlebt. Ich war damals 15, du warst 14 Jahre alt. - (Zwischenruf: Habt Ihr Euch getroffen?) - Ja, wir haben uns damals getroffen. Der Herr Oberbürgermeister war übrigens auch bei diesen Treffen dabei. Wir gehören derselben Altersgruppe an; er war damals auch schon 14 Jahre alt. Wir haben die Begeisterung in der Bevölkerung über diese Architektur gespürt, die

alle mitgerissen hat. Liebe Anna Hanusch, Du sprichst vom innovativen Geist dieser Architektur. Das ist richtig, das war etwas ganz anderes. Es waren die ersten Olympischen Spiele in Deutschland nach 1936. Das hatte eine besondere Bedeutung.

Jetzt mache ich einen kleinen argumentativen Schwenk: Ich würde mir wünschen, die Architekten heute würden öfter ähnlich innovative Entwürfe liefern. In den Wettbewerben wird uns häufig vor Augen geführt, dass dieser innovative Geist heute nicht mehr präsent ist. Niemand traut sich mehr, etwas Neues auszuprobieren.

Die Veranstaltungen, die Herr Spronk in der Vergangenheit als Geschäftsführer der Olympiapark München GmbH geplant und durchgeführt hat, waren nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht riskant und schwierig. Er hat damals sehr viel Gegenwind erfahren, beispielsweise für seine Idee, in einem Denkmal Weinberge aufzubauen. Ich erinnere mich sehr gut an diese Diskussionen. Er hat es aber einfach versucht. Man darf nicht damit aufhören. Man muss schauen, wie man Finanzierungen auflegen kann, um neue Einnahmequellen zu generieren.

Liebe Anne Hübner, wenn man sich in dieser Stadt einmal für ein Denkmal entschieden hat – wir haben das getan –, wird das Auswirkungen auf nachfolgende Generationen haben. Das wird auch noch 2050 oder 2070 die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt belasten, die sich entscheiden müssen, ob sie das erhalten wollen. Wir wollen es und stehen weiter zu diesem Kulturerbe.

Wir stimmen daher auch Ziffer 1 des gemeinsamen Änderungsantrags von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste als Prüfauftrag zu. Natürlich kann man darüber nachdenken, was sich in puncto Solaranlagen oder an ähnlichen Einrichtungen verwirklichen ließe. Lieber Alexander Reissl, zu Deinen Ausführungen zu Ziffer 4 des Änderungsantrags: Ich weiß zwar ungefähr, was mit diesem Satz gemeint ist: *„Noch nicht absehbare Kostensteigerungen und Risiken sind im Rahmen dieser Übersicht zu benennen“*. Wenn etwas nicht absehbar ist, kann man es auch nicht benennen, das ist klar. Nach meinem Verständnis zielt dieser Passus nicht auf eine Zahlenangabe; man möchte erfahren, was eventuell auf die Stadt zukommen könnte. Alexander Reissl hat aber vollkommen recht, wir können nicht in neue Finanzierungsmodelle einsteigen, weil die Risiken viel zu groß sind.

Jetzt geht es darum, in dieser Sache voranzukommen. Die Situation ist für uns alle nicht schön. Im Beschluss von 2014 war von maximal 10 Millionen Euro die Rede, jetzt sprechen wir von einer Erhöhung um ein Vielfaches. Wir müssen schauen, wie wir die Mittel aufbringen können.

Ich möchte noch etwas zu dem letzten Satz von Ziffer 4 neu im Änderungsantrag anmerken:

„Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, gemeinsam mit der OMG Perspektiven für mittel- und langfristige Einnahmeerhöhungen zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.“

Wir haben einen Aufsichtsrat. Was wird in diesem Gremium diskutiert? Könnte man nicht einen Workshop organisieren, um gemeinsam zu überlegen, was unternommen werden könnte? Das ist Teil der Aufgaben des Aufsichtsrates. Dieses Gremium trägt die Verantwortung für das Gesamtgeschehen. Ständig wird betont, aus den Sitzungen des Aufsichtsrates dürfe man nichts in den Fraktionen berichten, weil alles der Geheimhaltung unterliege. Dann müsste man sich aber auch darum kümmern, welche neuen Anstrengungen unternommen werden könnten. Am Ende des Tages werden die Aufwendungen aus dem Haushalt der Stadt finanziert; die erforderlichen Mittel werden an die Stadtwerke weitergereicht.

Das Fazit zum Olympiastadion lautet: Dieses Thema wird uns auch in Zukunft begleiten. Wir wollen es weiterführen und haben etwas davon. Die Touristen wollen das Stadion sehen und kommen auch aus diesem Grund in die Stadt. Die Stadt zieht also einen Vorteil daraus.

Natürlich ist immer zu überlegen, was zukünftigen Generationen aufgebürdet werden kann. Diese Generationen werden irgendwann selbst darüber entscheiden. Wir alle sind jedenfalls für den Erhalt und die Sanierung des Olympiastadions und stehen seit Jahrzehnten dazu. Ich bin ganz sicher, auch Menschen, die die Olympiade 72 in München nicht selbst miterlebt haben, Kinder, die aus Erzählungen davon erfahren oder in Geschichtsbüchern darüber lesen, werden sich genauso positiv dazu stellen.

Ziffer 1 des Änderungsantrags tragen wir mit, die anderen Ziffern nicht. Im Übrigen hoffe ich, wir werden irgendwann positive Entwicklungen in den Bilanzen in puncto Olympiagelände sehen.

StRin Wolf:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Ich kann zwar nicht aus dem Fundus irgendwelcher Aufsichtsratssitzungen schöpfen, mich aber durchaus an die verschiedenen Versuche erinnern, eine andere Art der Finanzierung zu erreichen. Die Angelegenheit war immer vollversammlungspflichtig. Die Debatten um das Thema umsatzsteuerliche Organschaft habe ich noch gut im

Gedächtnis. Überlegungen in diese Richtung mussten damals aufgegeben werden, weil ein solches Konstrukt offensichtlich für diesen Fall nicht zulässig war.

Ich kann mich den beiden Vorrednerinnen nur anschließen: Alles, was jetzt zu einer Zeitverzögerung führt, muss unterbunden werden. Vieles wird gefordert, etwa ein Zeitplan. Beim kurzen Scannen dieser Vorlage fällt auf, in der Anlage 1 gibt es einen Zeitplan zur Terminumsetzung der Generalsanierungspakete GS 1 bis GS 4. Dieser gilt nur für die Sanierung des Olympiazeltdachs. Sicherlich gibt es weitere Projekte. Man kann die gewünschten Unterlagen zusammenstellen. Kollege Reissl hat gesagt, im Aufsichtsrat liege regelmäßig alles vor. Vielleicht könnte man also einen Zwischenstand in der Vollversammlung bekanntgeben.

Bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten loben wir uns selbst und die Stadt, dass dieser Olympiapark noch intakt ist, funktioniert und von sehr vielen Menschen regelmäßig für die verschiedensten Zwecke genutzt wird. Daran dürfen und sollen wir auch nichts ändern. Ein solches Denkmal, das demnächst auch in die Liste der Weltkulturerbestätten aufgenommen wird, ist nicht für lau zu haben. Der Olympiapark mit Zelt und allem Drum und Dran inklusive dem Turm ist uns allen lieb und leider auch teuer. Ich habe im Ohr, dass die Turmsanierung irgendwann einmal in Angriff genommen werden muss, wenn sie nicht schon bereits in Planung ist. Niemand wird daran etwas ändern können, dass das Zeltdach alle 30 bis 35 Jahre saniert werden muss. Die Alternative wäre, das Dach abzubauen oder ein begehbare Denkmal daraus zu machen. Dann dürfte aber niemand darunter durchgehen, weil es zusammenbrechen könnte.

Ihr habt offensichtlich Befürchtungen, das Vorhaben werde den nächsten Haushalt sprengen. Daher wollt ihr es hinausschieben. Ihr hofft, irgendjemand wird uns die Mittel dafür geben. Möglicherweise erschließen sich auch Geldquellen, die man nutzen kann, vielleicht über den Denkmalschutz. In diesem Bereich wird es wohl Zuschüsse geben. Ich vermute jedoch, wenn es tatsächlich solche Töpfe gibt, werden die Stadtwerke diese bereits nutzen. Man könnte noch einmal gesondert darstellen, ob und welche Zuschussmöglichkeiten infrage kommen.

Ihr werdet diesen Änderungsantrag beschließen; ich hoffe sehr, dies wird nicht zu einer Zeitverzögerung führen. Kollegin Hanusch, zur Idee, diese Plexiglas-Dachmodule jetzt auch noch mit Solarfolien oder Ähnlichem zu belasten: Man kann alles prüfen, ich halte es aber wirklich für aussichtslos. Diese Stelle eignet sich nicht für die Gewinnung von Solarenergie. Eine Gesamtübersicht kann man anfordern, wobei die Kritik an den „*nicht absehbaren Kostensteigerungen*“ ... Man könnte an

einen projizierten Baukostenindex denken. Wie viel das aber in fünf Jahren ... Kollege Reissl hat richtig gesagt, das gleicht dem Lesen in der Kristallkugel.

Keinesfalls werden wir aber diesem Passus in Ziffer 4 neu des Änderungsantrags zustimmen, wonach die Stadtkämmerei beauftragt wird, ein alternatives Finanzierungsmodell zu erarbeiten, damit nicht durch Zuschüsse der laufende Haushalt belastet wird. Wir bitten daher, diesen vierten Satz von Ziffer 4 neu gesondert abzustimmen. Egal, ob die Finanzierung in Form eines Zuschusses oder als Darlehen ausgestaltet wird, letztendlich werden die Kosten bei der Stadt München landen. Als in den 70er Jahren die Olympiarücklage aufgelegt wurde, hat man sich wahrscheinlich völlig verschätzt, was das in Zukunft noch kosten wird. Vielleicht könnten wir uns noch einmal an den Freistaat Bayern oder den Bund wenden und vortragen, wir brauchen eine neue Olympiarücklage. Offen gestanden habe ich diesbezüglich aber keine großen Hoffnungen. Das Land und der Bund haben tatsächlich ganz andere Probleme. Ich wiederhole meine Bitte, den genannten Satz 4 in Ziffer 4 neu gesondert abzustimmen. Danke schön!

StRin Hübner:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Diese Nonchalance vonseiten der Opposition angesichts von Kostensteigerungen, die in Einzelbereichen mehr als 100 % betragen und außerhalb des Aufsichtsrates noch nicht einmal transparent dargestellt werden, finde ich schon überraschend.

Viel mehr als die Aufsichtsratsmitglieder des Olympiaparks haben alle Stadträtinnen und Stadträte und die Bürgerinnen und Bürger das Recht, über diese Kostensteigerungen informiert zu werden. Niemand von uns stellt die Sanierung in Frage. Es geht aber darum, Transparenz und Verlässlichkeit zu schaffen. Abhängig vom Stand der Planung für die einzelnen Gewerke, wie Stadion und Zelt Dach, ist der Risikobereich natürlich in irgendeiner Form bezifferbar. Wenn man sich in Leistungsphase 3 befindet, ist das Risiko höher als in den Leistungsphasen 7 oder 8. Deshalb können die Stadtwerke Risiken bis zu einem bestimmten Ausmaß kostenmäßig sehr wohl benennen. Da die Gesamtinformation weder in dieser Beschlussvorlage noch in anderen Vorlagen dargestellt ist, haben wir die Stadtwerke intern in der Fraktion gebeten, uns diese Informationen zugänglich zu machen. Daraufhin erfahren wir, der städtische Haushalt werde im konsumtiven Bereich in den Jahren 2025 bis 2027 vermutlich jeweils mit bis zu 100 Mio. € mehr belastet.

Ich denke nicht, dass derartige Informationen nur auf Nachfrage zur Verfügung stehen sollten. Vielmehr gehören sie in Beschlussvorlagen. Darauf zielt auch unser Änderungsantrag. Ich bin wirklich

erschüttert, dass gerade die Opposition auf diese Informationen in Beschlussvorlagen verzichten will. Es kann doch nicht sein, dass man diese Informationen nur auf Nachfrage erfährt. Natürlich ist es völlig legitim, darüber zu diskutieren. Dabei geht es überhaupt nicht um die Frage, ob die Stadtwerke dort bauen oder irgendein privater Investor das übernimmt. Es ist aber zu prüfen, ob es Alternativen dazu gibt, den städtischen Haushalt in den Jahren 2025 bis 2027 mit fast 300 Mio. € mehr im konsumtiven Bereich zu belasten. Daher bitten wir die Kämmerei, sich gemeinsam mit den Stadtwerken und der Olympiapark GmbH darüber Gedanken zu machen.

Ich finde es problematisch, bestimmte Informationen nicht in der Vorlage zu finden, die wir eigentlich im Stadtrat miteinander diskutieren sollten. Am Ende des Tages entscheidet nicht der Aufsichtsrat der OMG, sondern der Stadtrat entscheidet. Dafür müssen alle Informationen in transparenter Form aufbereitet zur Verfügung stehen. Das ist Aufgabe des Referates für Arbeit und Wirtschaft. - (Beifall von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste)

Der Änderungsantrag von SPD/Volt und Die Grünen – Rosa Liste

wird in Ziffer 4 neu, Satz 4 (*„Die Stadtkämmerei wird in diesem Zusammenhang gebeten, hier ein alternatives Finanzierungsmodell zu erarbeiten, um die notwendigen Investitionen nicht alle im Rahmen von Zuschüssen, die den laufenden Haushalt belasten, leisten zu müssen.“*) gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI, DIE LINKE./Die PARTEI und AfD,

in der restlichen Ziffer 4 neu gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und AfD

und in den übrigen Ziffern (Ziffer 1 geändert und Ziffer 5 geändert, vormals Ziffer 4) gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und AfD **beschlossen**.

In der Gesamtabstimmung wird der so modifizierte Antrag des Referenten **einstimmig beschlossen**.

Münchener Stadtmuseum - Erwerbung eines Kostümbuchs für die Von Parish Kostümbibliothek und Genehmigung der Annahme von Geldzuwendungen

Öffentlicher Teil

Aktensammlung Seite 4887

StRin Haider:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den ganz großen Sehenswürdigkeiten und Touristenmagneten wie dem Olympiapark zu einem ganz kleinen Schatzkästchen in Nymphenburg: der Von Parish Kostümbibliothek. Ich habe diesen Tagesordnungspunkt aufgerufen, um mich ganz herzlich bei der Leiterin Frau Sünderhauf und ihrem Team zu bedanken.

Die Vorlage zum Erwerb eines Kostümbuchs, das die Mode und Sitten Italiens in den 1600ern zeigt, ist exemplarisch für die Vorgehensweise dieses Teams und seiner Leitung. Frau Sünderhauf hat es nämlich bereits im Vorfeld geschafft, öffentliche Förderungen zu bekommen: Zwei Stiftungen, die Kulturstiftung der Länder und die Ernst-von-Siemens-Kulturstiftung, steuern jeweils ein Drittel bei und ermöglichen uns dadurch, dieses Kostümbuch zu erwerben. Sie schafft es aber nicht nur, öffentliche Förderungen, z. B. auch für die Sanierung des Hauses, zu bekommen. Es ist ihr auch gelungen, ein ehrenamtliches Team aufzubauen. Das ist ein Beispiel für Best Practice, das uns auch in anderen Bereichen Vorbild sein könnte.

Ich war kürzlich in der Villa Waldberta, die innen durchaus ein Lifting vertragen könnte. Auch dort könnte darüber nachgedacht werden, wie wir Fördergelder von Stiftungen bekommen und Ehrenamtliche stunden- oder tageweise einbinden können, wie es uns die Von Parish Kostümbibliothek vormacht. Deshalb möchte ich dem Kulturreferenten gern nahelegen, die Erfahrung und Expertise von Frau Sünderhauf zu nutzen. Danke schön! - (Allgemeiner Beifall)

OB Reiter:

Dem Dank schließen wir uns natürlich an.

Der Antrag des Referenten wird **einstimmig beschlossen**.

- BMin Habenschaden übernimmt den Vorsitz. -

**163. Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen
aus der 286. Sitzung am 21.07.2016
Förderung der und Umsetzungsvereinbarung zur geschlechtergerechten Pädagogik
der Schul- und Ganztagsbildung**

Aktensammlung Seite 4913

StR Stanke:

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Sie schreiben in der Vorlage, Sie bezögen sich auf eine einige Jahre zurückliegende Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen „zur Förderung und Umsetzung der geschlechtergerechten Pädagogik in der Schul- und Ganztagsbildung“. Es heißt, diese sei in München ein gesellschaftlich und politisch wichtiges Thema, die Bedeutung sei in den vergangenen Jahren noch einmal deutlich gewachsen. Beides lässt sich für uns nicht nachvollziehen. Ich verweise auf den Beginn der Sitzung und unsere Begründung dafür, den Punkt „kitabarometer“ abzulehnen. Haben die Menschen und Familien in München nicht schon genug Sorgen und Nöte um die Ohren?

Wie lange betreiben Sie diese sogenannte Gleichstellungspolitik nun schon? Seit Jahrzehnten! Was haben Sie bisher alles investiert und was überhaupt erreicht? Noch wichtiger: Was wollen Sie erreichen? Wann wäre Schluss? Wie lautet Ihr Ziel? Was genau sind die Probleme, die Sie hier im Blick haben? Können Sie konkrete Umstände oder Vorfälle nennen, auf die Sie sich beziehen, oder geht es eher um Selbstbeschäftigung, um das Schaffen von Posten und Aufgaben oder darum, sich einfach geschäftig zu geben?

Ich kann Ihnen gern eine Anregung geben: Ich – und wahrscheinlich nicht nur ich – finde es sehr bedauerlich, dass es im Bereich Kita, Kindergarten, Grundschule so wenige männliche Betreuer gibt. Vielleicht können Sie sich etwas mehr anstrengen, gezielt Männer anzuwerben. Vielleicht kann man eine Quote einführen oder mit Prämien arbeiten. Wie wäre es mit einer verstärkten Kooperation mit Wirtschaft, Mittelstand, Handwerk, um gezielt Männer für Vorträge, Projekte oder Praktika zu gewinnen? Dann hätten Jungen und Mädchen mehr Kontakt mit männlichen Vorbildern und Rollenmodellen außerhalb des eigenen Elternhauses. Dass das wichtig ist, wird Ihnen jeder vernünftige Wissenschaftler bestätigen.

Nachdem Scheidungen und Trennungen derzeit leider nicht allzu selten vorkommen, die Kinder danach meist bei der Mutter verbleiben und der männliche Elternteil somit fehlt, wäre das erst recht wichtig. Dann hätten die Jungen und Mädchen Kontakt zu Frauen und Männern in ihren jeweiligen geschlechtsspezifischen Rollen und Verhaltensweisen und würden auch besser lernen und verstehen, sich mit ihrem eigenen Geschlecht zu identifizieren und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden.

Sie schreiben, Schule sei *„ein Ort gesellschaftlichen Lernens, an dem zentrale Aspekte der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“* umgesetzt werden könnten. Ich hoffe, dass wir hierzulande immer noch selbst wissen, was für unsere Kinder richtig und wichtig ist. Dafür brauchen wir hoffentlich keine EU. Wir sollten auch anderen Ländern nicht vorschreiben, was sie in ihren Schulen lehren sollen. Sie schreiben, Schule sei ein Ort gesellschaftlichen Lernens. Wir hoffen, das hat nicht zum Ziel, die Kinder gemäß staatlichen Richtlinien zu formen. Das ist zu befürchten – erst recht, nachdem sie auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung BNE zitieren und von globalem Lernen sprechen. Die Schule hat immer noch politisch neutral zu sein.

Sie schreiben, auch von der *„Istanbul-Konvention im Hinblick auf geschlechtsspezifische Gewalt“* und erwähnen hier die beiden Felder Prävention und Intervention. Zu dieser Istanbul-Konvention hatte ich schon am 21. Dezember 2022 angemerkt, dass es dabei auch um die Sammlung und Erforschung von Daten der Gewalt gehen sollte. Das taucht in der Vorlage nicht auf, stattdessen lindert man nur die Symptome, ohne die Ursachen anzugehen. Wie wollen Sie das machen, wenn es keine Datenerhebungen zu Vorkommnissen gibt?

Später schreiben Sie in der Vorlage unter dem Begriff *„intersektionale Bildungseinrichtungen“*, es gebe eine Art Verschränkung mit der sozialen und kulturellen Herkunft, der religiösen Weltanschauung, Alter, Hautfarbe usw. Letztlich wird hier alles miteinander vermischt. Das macht die Definition konkreter Ziele und Maßnahmen umso schwieriger. Immerhin fallen an dieser Stelle die Worte „Prävention“ und „Intervention“. Es folgen aber keine Inhalte, sondern nur die gewohnte Gleichstellungspädagogik. Sie erwähnen immer wieder die Istanbul-Konvention, greifen aber nur den Teil heraus, der offensichtlich in die eigene Vorstellung und Agenda passt. Den anderen Teil, der vielleicht wehtun oder wesentliche politische Verfehlungen der letzten Jahrzehnte offenbaren könnte, lassen Sie einfach weg.

Weiter heißt es, ungleiche Chancen zwischen Geschlechtern bildeten sich vielfältig ab, beispielsweise in der Geschlechterverteilung bei der Fächer- und Schulzweigwahl. Natürlich kann jeder studieren, was er oder sie will, oder auf die gewünschte Schule gehen. Das heißt, hier meinen Sie wahrscheinlich das Ergebnis dieser Wahl für das spätere Erwerbsleben. Dann liegt das Problem aber nicht im Bildungsbereich. Das wäre quasi eine Themaverfehlung.

Wenn Sie etwas tun wollen: Es ist bekannt, dass sich Jungen im Schulsystem schwerer tun als Mädchen. Das liegt natürlich, wie vorhin schon erwähnt, zum einen am hohen Anteil von Frauen unter den Lehrern. Jungs haben aber erwiesenermaßen auch einen höheren Bewegungsdrang als Mädchen, was dem Stillsitzen und der Aufmerksamkeit nicht gerade förderlich ist. Vielleicht passen sich Jungs auch weniger gern an, sind eher rebellisch – nur um Beispiele zu nennen. Ich halte das übrigens für eine durchaus positive Eigenschaft.

Also setzen Sie doch einmal ein Programm zur gezielten Förderung von Jungen auf. Das wäre nur konsequent, wenn Sie es mit der Gleichstellung wirklich ernst meinten. Warum gibt es eigentlich jede Menge Mädchenschulen in München, aber meines Wissens keine einzige nur für Jungen? Vielleicht machen Sie einmal eine Klasse auf, sozusagen als Modellversuch.

Eine positive Anmerkung zur Vorlage: Dort heißt es,

„Jungen werden im Schulkontext [...] oft als grenzüberschreitend und weniger sozial kompetent wahrgenommen, eine entsprechende Jungenförderung gibt es jedoch kaum.“*

Wenn man vorhat, Jungen in ihrer sozialen Kompetenz zu schulen, stimmen wir zu. Durch das Wörtchen „oft“ in diesem Satz kommt die Aussage allerdings ein Stück wertend, pauschalisierend oder vorverurteilend rüber. Man kann das gern so schreiben, wir wollen die Dinge aber hoffentlich auch in den Vorlagen klar benennen. An der einen oder anderen Stelle gibt es schnell einmal einen Aufschrei, man dürfe nicht pauschalisieren, wenn man das Verhalten gewisser Gruppen mit dem Wort „oft“ umschreibt. Ich würde sagen: gleiches Recht für alle!

Noch einmal zu dem als „*Geschlechterverteilung bei der Fächer- und Schulzweigwahl*“ bezeichneten Bereich: Im Grunde versuchen Sie hier einen Kampf gegen Windmühlen. Es gibt das sogenannte norwegische Gleichstellungsparadox. Ich erkläre es Ihnen kurz, denn es ist wahrscheinlich nicht allgemein geläufig: Es gibt weltweite Vergleiche zur sogenannten Gleichstellungssituation der Länder. Pakistan liegt im Index recht weit hinten. Trotzdem wählen dort viele Frauen Fächer wie

Informatik. In Norwegen dagegen, das an der Spitze des Indexes liegt, wählen Frauen viel eher soziale Bereiche wie Pädagogik, Grundschullehramt, Krankenschwester. Wie kann das sein? Nun, in Pakistan herrschen schwierigere wirtschaftliche Verhältnisse. Die Frau muss Geld verdienen, um über die Runden zu kommen, ist im schlimmsten Fall allein mit ihren Kindern. In Norwegen kann sich die Frau leisten, ihren Beruf gemäß ihren Neigungen und Veranlagungen zu wählen. Das sind nun einmal die typischen Frauenrollen, wie sie sich seit Jahrhunderten und Jahrtausenden zeigen. Das mag Ihnen nicht gefallen, aber Sie können die Natur nicht ändern.

In diesem norwegischen Gleichstellungsparadox wurde außerdem gezeigt, wie krampfhaft versucht wurde, bereits Kitakinder anhand von Büchern oder Spielzeug auf das andere Geschlecht zu trimmen. Aber vergeblich: Die Kleinen haben doch immer wieder ihr natürliches Geschlechtsverhalten gezeigt.

Insofern sind Ihre ganzen Maßnahmen nicht nur wirkungslos, sie kosten auch jede Menge Geld und Aufwand. Was am schlimmsten ist: Sie stören und verwirren die Kinder in ihrer Entwicklung und stehlen Zeit und Aufmerksamkeit, die man für sinnvollere Pädagogik aufwenden könnte. Lassen Sie die Kinder ganz einfach in Ruhe! Sie werden es Ihnen danken. Danke schön. - (Beifall der AfD)

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

**„Meldeplattform ‚Weniger ist mehr‘“ und
„Mach München besser: Gilt das auch für nutzbare Gehwege?“
Antrag Nr. 2945 von ÖDP/München-Liste vom 21.09.2022 und
Anfrage Nr. 544 von ÖDP/München Liste vom 21.09.2022**

Aktensammlung Seite 4925

StRin Haider:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Vorlage bearbeitet einen Antrag und eine Anfrage meiner Fraktion. Es geht um die Meldeplattform „Mach München besser“, eine App, in der Sie Probleme melden können. Sie ist seit September 2021 in Betrieb. Die Vorlage zeigt auf, dass wir dort monatliche Nutzungssteigerungsraten von 15 % haben. Wir erhalten also richtig viele Meldungen aus der Bürgerschaft und sind froh über dieses einfache digitale System, in dem die Informationen zusammengeführt werden.

Es wird ausgeführt, die zeitnahe Bearbeitung durch die Referate sei wichtig. Ich möchte hinzufügen: Die zeitnahe Umsetzung ist noch viel wichtiger! Wir hätten uns gewünscht, dass sich die Bürgerschaft auch in Themen der Ressourceneinsparung einbringt. Wir haben den Eindruck, die Energiekrise ist gefühlt vorbei – vielleicht auch, weil es hoffentlich bald wärmer wird – und die Einsparung von Energie und Ressourcen ist schon wieder in den Hintergrund gerückt. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger Münchens in diesem Bereich unbedingt mitwirken.

Sie führen aus, das sei durchaus wichtig und Sie möchten bis Ende des Jahres einen Vorschlag vorlegen. Ich möchte dringlich darum bitten, das auch wirklich zu tun. Die Klimakrise ist weit fortgeschritten. Wenn wir nicht aktiv werden, holt sie uns mit dramatischen Auswirkungen ein.

Bei unserer Anfrage ging es darum, den Bereich Geh- und Radwege in das Meldesystem aufzunehmen. Auch in diesem Bereich haben Sie bereits einiges umgesetzt. Manche Maßnahmen verstehen wir, andere nicht. Beschädigungen etc. können gemeldet und sollen ab 2023/2024 auch umgesetzt und berücksichtigt werden. Zu den Bordsteinkanten führen Sie aus, um diese anzupassen, seien häufig große Umbauten nötig. Das sehe ich anders. Ganz oft muss man den Bordstein gar nicht herausnehmen und ersetzen, sondern kann ihn abschleifen oder eine kleine Kante davorsetzen. Das hilft nicht nur Fußgänger*innen und Radfahrenden, sondern insbesondere auch Behinderten in dieser Stadt.

Wir freuen uns, dass unsere Vorschläge aufgenommen werden, und hoffen, dass sie zügig und zeitnah umgesetzt werden. Wir bitten die Referate, die Meldemöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten und zu erweitern. Vielen Dank! - (Beifall von ÖDP/München-Liste)

StR Stanke:

Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren! Wir teilen die Anliegen von ÖDP/München-Liste, vor allem in Bezug auf die abgesenkten Bordsteinkanten an den Geh- und Radwegen. Die Antworten des Referats können wir aber auch voll und ganz nachvollziehen.

Die Plattform machmuenchenbesser.de halten wir für eine gute Sache. Ich habe die Nutzung einmal ausgewertet: In den eineinhalb Jahren Betrieb komme ich auf 600 gemeldete Anliegen. Das ist natürlich noch wenig. Ich meine das aber nicht als Kritik. Die Plattform ist noch neu und nicht so bekannt. Es wird auch von weiter steigenden Meldezahlen ausgegangen. Auch eine aktuelle Rückmeldung für die Nutzer einzuplanen, ist sinnvoll.

Einige fachliche Anmerkungen: Die Statusstatistik ist in drei Kategorien unterteilt, nämlich „nicht Stadtverwaltung“, „in Bearbeitung“ und „erledigt/beauftragt“. Mir war der Unterschied zwischen „in Bearbeitung“ und „erledigt/beauftragt“ nicht ganz klar, denn bei Letzterem ist oft nur genannt, dass es weitergegeben wurde. Aber dann ist es noch nicht erledigt, sondern nur beauftragt. Das fand ich irreführend. Vielleicht sollte „erledigt“ getrennt als weitere Statusart aufgeführt werden. Idealerweise könnte man auch bei „beauftragt“ noch den ungefähren Zeitpunkt nennen, den der Fachbereich rückmeldet. Man weiß vielleicht, wann man wo im Stadtgebiet mit Reinigung etc. unterwegs ist. Dabei reicht meinerwegen das Quartal, also ob es im nächsten Quartal oder erst in einem Jahr erledigt wird. Danke. - (Beifall der AfD)

Der Antrag der Referentin wird **einstimmig beschlossen**.

**Vorstellung des EU-Projekts ASCEND (Accelerate Positive Clean Energy Districts)
im Quartier Harthof (Stadtratsbeschluss vom 30.11.2022, Vorlage Nr. 20-26 / V 06860)
in der Sitzung des Bezirksausschusses 11 Milbertshofen-Am Hart am 29.03.2023
Fragestunde gemäß § 69 GeschO
Antrag Nr. 3807 der AfD vom 21.04.2023**

Aktensammlung Seite 4937

BMin Habenschaden:

Wir kommen zu der von Seiten der AfD beantragten Fragestunde gemäß § 69 der Geschäftsordnung. Wirtschaftsreferent bfm. StR Baumgärtner wird die vorliegenden Fragen beantworten.

Bfm. StR Baumgärtner:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die gestellten Fragen:

1a) Ist der Abriss und Neubau von 40 Gebäuden zu realisieren geplant?

Nein, aufgrund dieses Projekts werden keine Gebäude der GWG abgerissen.

1b) Wenn nein, wieso wurden Abriss und Neubau vom Stadtrat im November 2022 beschlossen?

Abriss und Neubau wurden in der oben genannten Stadtratsvorlage nicht beschlossen.

Ist die geplante Nichtrealisierung dieses Projektbausteins dem Fördermittelgeber Europäische Union (EU) mitgeteilt worden?

Die Projektträger informieren die EU-Kommission entsprechend den Vorgaben für EU-Projekte im Verlauf des Projekts.

2a) Wurden bereits Fördergelder für einzelne Maßnahmen bei der EU beantragt?

Nein.

2b) Was geschieht, wenn die EU-Fördermittel für konkrete Maßnahmen ausbleiben?

Hierfür gibt es zum aktuellen Stand keinerlei Anzeichen. In diesem Fall würde die Angelegenheit dem Münchner Stadtrat zur erneuten Entscheidung vorgelegt werden.

3a) Werden Mieterhöhungen für den Kostenanteil der Maßnahmen, der nicht mit Fördermitteln (BGB §559a) finanziert wird, für Mieter der GWG-Wohnungen ausgeschlossen?

Die GWG ist als städtische Beteiligungsgesellschaft an den Beschluss des Stadtrats vom 25.07.2018 zur Mietpreisbremse gebunden.

3b) Wenn Mieterhöhungen bei GWG-Wohnungen nicht vorgesehen sind, welche Möglichkeiten bestehen seitens der Landeshauptstadt München, um Mieterhöhungen für Mieter von Wohnungen in Gebäuden, die nicht der städtischen GWG gehören, zu verhindern?

Die Frage ist unzulässig, da der Sachverhalt nicht in die Zuständigkeit der Landeshauptstadt und ihrer Gesellschaften fällt.

Vielen Dank.

StRin Wassill:

Frau Bürgermeisterin, sehr verehrte Damen und Herren! Ich habe noch eine Zusatzfrage zu Ziffer 1b: Sie sagen, der Abriss sei nicht von uns beschlossen worden. Formal stimmt das, aber er bleibt in der Planung, oder?

Bfm. StR. Baumgärtner:

Zu dieser Frage kann ich spontan keine Antwort geben. Das muss ich zunächst recherchieren.

BMin Habenschaden:

Vielen Dank. Damit erkläre ich die Fragestunde für beendet.

- Ende der öffentlichen Sitzung um 11:36 Uhr -

- Die Beratungen werden in nichtöffentlicher Sitzung fortgeführt. -

München, 26. April 2023

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll